

<b>Sachgebiet</b>	<b>Sachbearbeiter</b>		
Stadtkämmerer	Stadtkämmerer Herr Schlicker		
<b>Beratung</b>	<b>Datum</b>	<b>Behandlung</b>	<b>Zuständigkeit</b>
Stadtrat	19.12.2022	öffentlich	Entscheidung
<b>Betreff</b>			
<b>Verlängerung der Einführungspflicht von § 2b UStG</b>			
<b>Anlagen:</b>			
BGT_Verlängerung Optionszeitraum wahrscheinlich			
Pressemitteilung Füracker			

**Sachverhalt:**

Die Pflicht zur Einführung von § 2b UstG wurde bereits mehrmals verschoben und sollte ab 1.1.2023 greifen. Nun hat der Städtetag darüber informiert, dass der Bundestag im Dezember 2022 über eine Verlängerung bis zum 1.1.2025 entscheiden soll.

Aus verschiedenen Quellen ist zu hören, dass u.a. nicht geklärte Fragen zur Anwendung der neuen Umsatzsteuerregeln seitens des Bundesfinanzministeriums eine Verschiebung nötig machen und die Verlängerung bis 1.1.2025 äußerst wahrscheinlich ist.

Die Stadt Wassertrüdingen hat die Einführung der neuen Regeln zum 1.1.2023 vorbereitet, allerdings gibt es aktuell auch bei uns noch einige Unklarheiten.

Steuerliche Vorteile durch eine Einführung zum 1.1.2023 hätte die Stadt nur, wenn größere Investitionen im Jahr 2023 bei der Hesselberghalle umgesetzt werden.

Für 2023 ist zwar im Finanzplan der Brandschutz vorgesehen, ob und wie dieser umgesetzt wird (Die Kosten und die Möglichkeiten eines Zuschusses stehen jedoch noch nicht fest) werden erst die Haushaltsberatungen zeigen.

Steuerliche Vorteile durch eine Anwendung der Neuregelungen ab 1.1.2023 sind somit nicht vorhanden, im Gegenteil ist von höheren Zahlungen an das Finanzamt auszugehen.

Die Verwaltung schlägt deshalb vor, im Falle der Verlängerung der Einführungspflicht, die neuen Regelungen zum 1.1.2023 nicht einzuführen.

Es soll zuerst die Klärung der offenen Fragen durch das Bundesfinanzministerium abgewartet werden, die Stadt soll die Einführung abschließend vorbereiten können. Sobald alles steht, soll der im Laufe des Jahres 2023 entscheiden, ob die Stadt die Einführung 2024 oder erst 2025 umsetzt.

**Vorschlag zum Beschluss:**

Der Stadtrat beschließt die Neuregelungen des Umsatzsteuerrechts zum 1.1.2023 nicht einzuführen, falls die Frist zur Einführung verlängert wird.